Nummer 536. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 21. Oktober 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Militärvorlage und Reichsschuld.

Mitten im tiefsten Frieden, nach einem glücklich geführten Kriege hat sich die Schuldenlast des deutschen Reiches in einem bedenklichen Maße vermehrt. Das junge Staatswesen bewies eine förmliche Virtuosität im Aufnehmen von Anleihen, es erhöhte Jahr für Jahr seine Verpflichtungen und traf gar keine Anstalten, dieses Debetkonto auch nur durch geringfügige Amortisation zu ermäßigen. Nach dem letzten amtlichen Ausweis betrug die Summe der bewilligten Anleihekredite 1611 Millionen Mark. Das war im November 1891. Seitdem wurden neue Anleihen im Gesammtbetrage von mehr als 140 Millionen beschlossen, so daß die Reichsschuld, nachdem alle Kredite flüssig gemacht sind, die Höhe von rund 1750 Millionen Mark erreicht. Diese Massen von Verbindlichkeiten hat man ruhig wachsen sehen, ohne, von einer kaum bemerkenswerthen Ausnahme abgesehen, eine Tilgungssumme in den Etat einzustellen. Mit vollendeter Gelassenheit betrachten unsere Finanzkünstler den Berg von Schulden, als ständen sie einem unausweichlichen Fatum gegenüber, und bis zur Stunde ist aus ihrer Mitte noch kein ernsthafter Vorschlag darüber aufgetaucht, wie man den Berg abtragen könne. Man sinnt nur immer auf Vermehrung und nie auf Verminderung der Schulden.

Die Militärvorlage wird, falls sie zu Stande kommt, nicht nur 57 und später im Höhepunkt 65 Millionen aus laufenden Mitteln jährlich mehr erfordern, sondern auch einmalige Ausgaben nothwendig machen, die im Wege einer Anleihe zu decken sind. Wie hoch sich diese einmaligen Unkosten belaufen, ist zuverlässig noch nicht bekannt geworden, aber niedrig sind sie gewiß nicht. Wir werden uns auf eine sehr respektable Summe gefaßt machen müssen, auf fast 100 Millionen, vielleicht darüber. Ueber eine solche Mehrbelastung scheint man sich wenig Sorge zu machen. Anleihen sind ja Lasten, welche man denen zuwälzt, die nach uns kommen werden, und welche von der Gegenwart nur Zinsen heischen, während die dauernden Mehrausgaben von den heutigen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Aber man würde doch recht unvorsichtig handeln, wollte man die reißende Vermehrung der Schulden auf die leichte Achsel nehmen.

Oder sollte es wirklich ein Trost sein, daß England noch weit mehr Schulden hat als wir, nämlich im Jahre 1891 zusammen 684 Millionen Pfund, also etwa 13,680 Millionen Mark, und Frankreich gar 31,645 Millionen Francs? Das ist wahrhaftig ein schlechter Trost. Deutschland kann sich, wie wir kürzlich nachwiesen, an Kapitalkraft mit diesen Ländern nicht messen. Ferner ist das deutsche Reich noch jung, jene Staaten aber sind alt, und ihre Bürger von heute leiden unter den Sünden der Väter. Endlich aber stellt die Ziffer der Reichsschuld nicht die gesammte Volksbelastung mit Anleihen dar, es treten vielmehr die Schulden der Einzelstaaten hinzu, und diese machen zusammengenommen eine sehr bedeutende Summe aus.

Für Preußen allein beträgt das Schuldkapital über 6 Milliarden Mark. Baiern hatte im Juni 1891 eine Gesammtschuld von 1546 Millionen, Württemberg im April 1891 rund 427 Millionen, Sachsen am 1. Januar 1891 631 Millionen, und auch die übrigen Bundesglieder tragen zumeist keine geringen Schuldenlasten. Vielfach steht in den Einzelstaaten den Schulden ein Gegenwerth in den Eisenbahnen gegenüber, in Preußen ist sogar die Gesammtsumme der Verbindlichkeiten durch die Staatseisenbahnen gedeckt.

Das Reich kann sich aber im Wesentlichen nur die Reichseisenbahnen für die Bilanz gutschreiben, sonst nichts. Die Herstellungskosten für dieselben sind auf nicht viel mehr als 400 Millionen zu veranschlagen, die übrigen 1300 Millionen sind meist zu verhältnißmäßig unproduktiven Zwecken, nämlich für die Armee verwendet oder bestimmt. Die Zinsen können also nicht aus Erträgen eines werbenden Vermögens, sondern müssen aus dem Steuersäckel bestritten werden. Im Reichsetat für 1892/93 ist ein Betrag für Verzinsung in Höhe von 60,607,500 Mark ausgeworfen. Diese Summe wird in Folge der neuen Militärvorlage eine weitere Steigerung um etwa 4 Millionen erfahren. Mit jeder Million, die als Mehrausgabe hinzutritt, wächst nun aber die Schwierigkeit, das Budget im Gleichgewicht zu halten. Es sind ja nicht die steigenden Schuldzinsen allein, welche die Ausgabeposten beschweren. Zu ihnen gesellen sich die Zuschüsse zur Alters- und Invalidenversicherung, welche bis zum Beharrungszustand jährlich größer werden. Es kommen die Erhöhungen des Pensionsetats, die Mehrforderungen für die Marine, wahrscheinlich auch für die von immer härteren Schlägen heimgesuchte Kolonialpolitik hinzu. Andererseits werden die Ueberweisungen an die Einzelstaaten aus den Zollerträgen zurückgehen, letztere dürften daher um so weniger Lust verspüren, höhere Matrikularbeiträge zu zahlen. Jede weitere Belastung des Etats ist also gerade unter den obwaltenden Umständen ganz besonders bedenklich.

Die Militärverwaltung hätte somit alle Ursache, ihre Forderungen auf das Mindestmaß zu beschränken. Nicht nur weil wir auf einem Punkte angelangt sind, wo es schwer fällt, neue Finanzquellen für die laufenden Mehrkosten zu erschließen, sondern auch, weil durch das Anwachsen der einmaligen Ausgaben ein geradezu beängstigend schnelles Tempo in der Schuldvermehrung eingetreten ist, müssen wir auf Sparsamkeit dringen. Wir haben für Kulturzwecke noch so viel nachzuholen, daß für Kriegszwecke nur das durchaus Nothwendige, nicht auch das blos Wünschenswerthe und keinesfalls das Ueberflüssige bewilligt werden darf. Will die Regierung die Zustimmung des freisinnigen Bürgerthums für ihre militärischen Reformpläne, so muß sie sich mit denjenigen Mitteln begnügen, welche zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unentbehrlich sind. Die Präsenzziffer deshalb herauzusetzen, weil die Präsenzzeit herabgesetzt wird, fehlt jeder logische Grund. Denn entweder ist die Verkürzung der Ausbildungsfrist richtig, dann muß sie schleunigst eingeführt werden, oder sie ist nicht richtig, dann unterläßt man sie. Ein Kompensationsobjekt kann die zweijährige Dienstzeit niemals bilden. Im Uebrigen sollte gerade der Hinblick auf die gedrückte wirthschaftliche Lage und die sich daraus ergebenden finanziellen Schwierigkeiten die Regierung zu der Einsicht führen, daß der Zeitpunkt für kostspielige Neugestaltungen schlecht gewählt ist.

---

* Wenn durch die neuerliche Ministerialverfügung über die Titulatur und **Rangerhöhung der Lehrer** an den **höheren Unterrichtsanstalten** einem großen Theile derselben ein Herzenswunsch erfüllt ist, so läßt sich die Freude darüber in den betheiligten Kreisen immerhin verstehen. „Wenn von jener Seite aber — so wird uns geschrieben — bei dieser Gelegenheit, wie es neuerdings leider vielfach geschieht, die Berufsarbeit und die **Berufstüchtigkeit der Volksschullehrer** herabgesetzt wird, um gewissermaßen die äußere Unterscheidung zwischen akademisch und seminaristisch gebildeten Lehrern durch die bessere Beschaffenheit der Leistungen zu begründen, so kann man das denn doch nicht so ohne Weiteres gutheißen, zumal wenn man die betreffenden Verhältnisse näher kennt. Jedenfalls ist es ein starkes Stück, wenn man ganz allgemein erklärt: „wir stehen auch im Unterricht unter dem Sternbild des Fortschritts; darum schreite man auch nicht dadurch wieder zurück, daß man in den neueren Sprachen seminaristisch gebildete Lehrer unterrichten lasse." Es giebt unter diesen doch eine große Anzahl, welche auch moderne Sprachen nach jeder Richtung hin erfolgreich studirt haben und es in theoretischer wie praktischer Beziehung mit manchem akademisch gebildeten Lehrer aufnehmen können. Ja selbst in literarischer Beziehung sind seminaristisch gebildete Lehrer erfolgreich thätig und ihre Arbeiten auf diesem Gebiet sind allseitig geschätzt. War doch selbst der jüngst verstorbene Professor Mätzner, einer der hervorragendsten unter den Vertretern der historischen Behandlung fremder Sprachen, im Französischen und Englischen durchaus Autodidakt. Wir müssen gestehen, daß es in der That keinen guten Eindruck macht, wenn derart die Berufstüchtigkeit der seminaristisch gebildeten Lehrer von akademisch gebildeten herabgesetzt wird, wo eine solche Geringschätzung doch keineswegs gerechtfertigt ist."

* Aus dem Saargebiet schreibt man uns: In dem **Rechtsschutzverein der Bergleute des Saarkohlengebietes** ist eine Umwandlung vorgegangen, die man nicht erwartet hatte. In einer Versammlung der Vertrauensmänner hat der jetzige Vorstand des Rechtsschutzvereins, Warken, Thome und Berwanger abdanken müssen. Die Genannten, welche besonders in den Streikzeiten die Gesammtheit der Mitglieder im Zügel hatten, und den Bergleuten manche Vortheile durch ihre Entschiedenheit erkämpft haben, waren in der letzten Zeit allzu unverblümt mit einem Theil der Mitglieder ins sozialistische Lager übergegangen. Als aber vor einiger Zeit der frühere zweite Vorsitzende, Bachmann, der von den übrigen Vorstandsmitgliedern gemaßregelt und ausgestoßen worden war, mit ehrenrührigen Anschuldigungen gegen den Vorstand und das Büreau hervortrat, kam in unerwarteter Weise die Stellung des Vorstandes ins Wanken. Bachmann machte gegen zwei Glieder des Vorstandes Unterschlagungen anhängig und drohte dem ganzen Büreau des Rechtsschutzvereins mit dem gleichen Schicksal, falls nicht sofort die schon in vielen Versammlungen verlangte Rechnungslegung über den Saalbau und die sonstige Verwendung der Vereinsgelder geschehen würde. Bachmann hatte offen in der „Neunk. Vz." den Vorstandsmitgliedern Warken und Berwanger Unterschlagung unbeschwerte Verschwendung der Vereinsgelder zum Vorwurf gemacht. In weiten Kreisen des Vereins nahm man nun Stellung gegen den Vorstand und die Vertrauensmänner verweigerten zum größten Theil Einlieferung der gesammelten Gelder, ehe Rechnung gelegt wäre, so daß nunmehr sämmtliche Vorstands- und Aufsichtsrathsmitglieder ihr Amt niederlegten. Die Regelung der Angelegenheit wird Schwierigkeiten haben, da der Saalbau des Vereins auf Berwangers Namen eingetragen ist. Der ganze Vorgang ist für unsere Gegend darum so wichtig, weil gegründete Hoffnung ist, daß nun im Rechtsschutzverein den Sozialdemokraten das Heft aus der Hand gewunden ist.

---

* Das **Verzeichniß der Telephonanschlüsse** für die **Stadt Berlin** und deren Vorortbezirke, das bisher in der Reichsdruckerei hergestellt wurde, wird in Zukunft von der Firma Julius Springer verlegt werden. Ein Rundschreiben der Firma theilt den Angeschlossenen mit, daß das nach Branchen geordnete Verzeichniß der Theilnehmer, welches im letzten Jahre fortgefallen war, von ihr wieder aufgenommen wird, und daß sie außerdem dem Verzeichniß einen Interatenanhang beizugeben gedenkt. Wie es scheint, wird die Postbehörde an dem Gewinn, den dieser Theil abwirft, betheiligt sein, da sie in dem mit der Firma abgeschlossenen Vertrage diese Neuerung zur Bedingung macht. An sich ist weder gegen die Vergebung derartiger Arbeiten an Private, noch gegen die Fruktifizirung zu Gunsten der Staatskasse etwas Stichhaltiges einzuwenden. Im vorliegenden Falle aber muß das Vorgehen der Polizeibehörde doch peinlich berühren. Die Idee stammt, wie man uns mittheilt, nämlich nicht von ihr; ein findiger Privatmann ist vielmehr mit derselben im Laufe des Sommers an sie herangetreten; anstatt aber diesem die Ausführung zu überlassen, trat sie hinter dem Rücken desselben mit der Firma Springer in Unterhandlung. Ferner erscheint es unzulässig, daß die Aufnahme in das Branchenverzeichniß nicht, wie früher, unentgeltlich erfolgen soll, da dasselbe keine Geschäftsempfehlungen enthält, sondern lediglich zur Erleichterung des Fernsprechverkehrs dient. Ueberdies ist der Preis von 3 Mark für die dreigespaltene Nonpareillezeile und das Halbjahr besonders mit Rücksicht darauf als ein übertriebener zu betrachten, daß die Verbreitung des Verzeichnisses im Wesentlichen doch nur eine rein lokale ist. Da die meisten Angeschlossenen, wenn eine solche Einrichtung einmal getroffen ist, sich nur schwer der Betheiligung enthalten können, stellt die Erhebung der Gebühr eine Vertheuerung des Fernsprechverkehrs für jeden Abonnenten um mindestens 6 Mark pro Jahr dar. Recht eigenthümlich nimmt es sich ferner aus, daß von der bevorstehenden Neuerung nicht alle Interessenten gleichzeitig benachrichtigt worden sind. Es ist z. B. den Zeitungsredaktionen und ebenso den Annoncenbüreaus, die doch auch meist angeschlossen sind, keine Mittheilung von diesem Vorhaben zugegangen, so daß sie nur durch Zufall von der Angelegenheit Kenntniß erhalten haben.

Von der Newa.

(Von unserem Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.)

[Zwei Kriminalprozesse. — „Spricht Bismarck russisch?" — Des Grafen Tolstoi Abstammung. — Vom Grafen Leo Tolstoi.]

St. Petersburg, 18. Oktober.

In die matte Einförmigkeit des öffentlichen Lebens in unserer Residenz brachten in den letzten Tagen zwei Prozesse einige Bewegung. Man verhandelte über sie in Presse und Gesellschaft recht viel, denn sie lenkten beide die Aufmerksamkeit auf sich: der eine Prozeß durch eine gewisse pikante Färbung, die er dadurch erhielt, daß es sich um einen tragischen Konflikt zwischen einem einstigen Journalisten, der auf der Anklagebank saß, und einer kleinen Schauspielerin, seiner Gattin, handelte; der andere Prozeß machte durch die erschreckende sittliche Verrohung des noch im jugendlichen Alter stehenden Verbrechers von sich reden.

Es war im letzteren Prozeß in der That ein nettes Bürschchen, das vor Gericht erschien — ein gewisser Gustav Krause, „preußischer Unterthan", 16 Jahre alt. Im Februar dieses Jahres erhob sich ein Mal auf dem Newsky-Prospekt, der bekannten Petersburger Hauptstraße, um zwei Uhr Nachts ein furchtbares Geschrei. Als Polizei und Leute herbeikamen, sah man ein Frauenzimmer auf dem Trottoir liegen, in dessen Rücken, fast bis an das Heft, ein großes Taschenmesser, ein sogenanntes „schwedisches Messer", steckte. Die Freundin dieses Frauenzimmers hatte einen jungen Burschen gepackt, der sich ihr zu entwinden bemühte, aber von den Herbeieilenden sofort festgenommen wurde. Es war derjenige, der den Mordversuch begangen, der noch glücklich verlief, weil das Messer nur in die Fleischtheile, wenn auch tief, gedrungen war. Auf die Polizei gebracht, erklärte der Bursche, jener Gustav Krause, er kenne das Frauenzimmer sonst gar nicht und hätte zu ihm gar keine Beziehungen. Er hätte die That nur ausgeführt, weil der Zahnarzt Bock ihn zu derselben getrieben. Zum Beleg wies er einen Zettel des Letzteren vor, auf welchem die Worte standen: „Ich bitte Sie, thun Sie es heute noch, die Sache hat Eile." Der Zahnarzt wurde natürlich sofort in Verhör genommen, und nun stellte es sich bald heraus, daß diese Angabe eine infame Lüge war. Der Bursche gestand es selbst ein, er hatte nur die Absicht gehabt, sich an Bock durch diese Aussage zu „rächen". Dieser Krause war nämlich einige Zeit vordem als Mitglied einer jungen Diebsbande verhaftet und eingesperrt worden. Man wollte ihn, bis die Sache zur gerichtlichen Verhandlung käme, freilassen, wenn man eine Kaution für ihn deponirte. Er wandte sich an den ihm bekannten Zahnarzt Bock mit der Bitte, die Kaution zu hinterlegen, aber Letzterer wies das Ansinnen entschieden zurück. Schließlich schaffte Krauses Mutter, eine alte Frau und Wittwe, die 40 Rubel, welche das Gericht verlangte, zusammen, und Krause wurde entlassen. Sein erster Gedanke war nun, sich an Bock für jene Zurückweisung zu „rächen". Anfangs beabsichtigte er, dessen Frau zu ermorden, aber der Ausführung des Vorhabens stellten sich Schwierigkeiten entgegen. Er beschloß deshalb, irgend eine Frauensperson auf der Straße, eine Prostitutirte, zu erstechen, und dann den Mord auf Bock, als den geistigen Urheber der That, zurückzuwälzen. So brachte er, meinte der Bursche, ihn nach Sibirien, und käme auch selbst dahin, was er schon lange wünsche!

Bei 16 Jahren ist das „eine Leistung" vom psychologischen Standpunkt aus und so recht ein Fall für Professor Lombrosos bekannte Kriminalanthropologie. Leider ist aber bei der Gerichtsverhandlung auch nicht im Entferntesten klar gestellt worden, welche Rolle etwa hierbei Vererbung und Atavismus spielen — das Vorleben des etwa hierbei Betheiligten ist im Dunkel gehüllt. Neue über seine That zeigte er durchaus nicht, und motivirte sie, von dem Gerichtspräsidenten darum befragt, kaltblütig damit, daß er nach Sibirien zu kommen wünschte. Allerdings hat er es dort viel leichter im Trüben zu fischen, als hier, weil Sibirien für alle Vagabunden ein wahrhaft gelobtes Land ist, da man dort viel leichter ungestraft stehlen und rauben kann. Er kommt denn auch nach Sibirien, fürs Erste aber hat er dort zwei Jahre und acht Monate Zwangsarbeiten zu verrichten.

So viel auch über den Fall geredet worden ist, so sind doch in Presse und Gesellschaft nirgends hämische Bemerkungen darüber gefallen, daß dieser jugendliche Verbrecher ein „Deutscher", ein „deutsches Produkt" wäre. Man war gewohnter Weise so unparteiisch, ihn als Produkt großstädtischen Lebens zu betrachten, bei welchem man so oft in den niederen Schichten einer fast unglaublich scheinenden Verkommenheit und Verrohung begegnet. Damit haben Race und Abstammung wenig zu schaffen, und dieselbe sittliche Verworfenheit ließe sich auch an zahlreichen Beispielen aus rein russischen Kreisen belegen.

Der Held des zweiten Prozesses ist ein gewisser Bogatschow, einst „Redaktions-Sekretär" der „Nowoje Wremja". Vor zwei Jahren wurde er im Sommer von seiner Redaktion beauftragt, nach Oranienbaum (in der Nähe von Petersburg) zu fahren, um über eine Vorstellung im dortigen Theater zu berichten. Dort lernte er, eine flüchtige Bekanntschaft aus den Tagen der Kindheit erneuernd, eine gewisse Koschanskaja kennen, die Büffetmamsell war, zugleich aber auch auf der Bühne zuweilen erschien, wenn es im Stück stumme „Gäste" gab oder sonst weibliche Statisterie nöthig war. Diese Dame hatte heiße „Liebe zur Kunst" und wollte durchaus „redende" Schauspielerin werden, während sie bis jetzt nur stumme Schauspielerin war. Dem Bogatschow gefiel sie so sehr, daß er ihr nach einiger Zeit einen Heirathsantrag machte. Sie nahm nach einigem Nachdenken den Antrag an, denn erstens konnten dadurch mancherlei dunkle Momente ihrer jüngeren Vergangenheit zugedeckt werden, und andererseits lebte sie der Hoffnung, daß ihr sich dadurch der Weg zur Bühne eröffne. Ein Redaktions-Sekretär der „Nowoje Wremja" des leitenden russischen Blattes, war in ihren Augen ein so einflußreicher Mann, daß er womöglich alle Rezensenten der Stadt in der Tasche hatte!

Und so heirathete sie sich dann!

Aber schon in den Honigmonaten gab es sehr lebhaften Zank, weil